

# Bericht

des

## Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1962

(vom 27. Februar 1963)

---

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1962 Bericht zu erstatten.

### A. Allgemeines

1. Auf Ende des Berichtsjahres sind die Herren Bundesrichter Dr. Eduard Arnold, Dr. Fernando Pedrini, Fritz Bachtler und Dr. Karl Danegger vom Amte zurückgetreten. An ihrer Stelle hat die Bundesversammlung am 13. Dezember 1962 gewählt die Herren Dr. Werner Dubach, Obergerichter in Aarau; Dr. Paul Lemp, Bundesgerichtsschreiber in Lausanne; Dr. Harald Huber, Nationalrat, Rechtsanwalt in St. Gallen, und Dr. Rolando Forni, Appellationsrichter in Lugano.

2. Die Präsidien der Eidgenössischen Schätzungskommissionen Kreis I und IV sind für den Rest der laufenden Amtsdauer (bis Ende 1966) wie folgt bestellt worden:

Kreis I. Präsident: Herr Dr. Francis Meyer, Kantonsrichter, Freiburg;

1. Ersatzmann: Herr Dr. Olivier Cornaz, Gerichtspräsident, Yverdon;

2. Ersatzmann: Herr William Lenoir, Richter an der Cour de justice, Genf.

Kreis IV. Präsident: Herr Dr. Georg Feigenwinter, Präsident des Strafgerichts, Liestal;

1. Ersatzmann: Herr Dr. Erich Zimmerlin, Fürsprech, alt Stadtmann, Aarau;

2. Ersatzmann: Herr Dr. Walter Kämpfer, Obergerichter, Lohn (SO).

3. Veranlasst durch den Bundesbeschluss vom 23. März 1961 über die Bewilligungspflicht für den Erwerb von Grundstücken durch Personen mit Wohnsitz im Ausland, hat das Bundesgericht unterm 23. Januar 1962 an die Schuldbetreibungs- und Konkursbehörden der Kantone ein Kreisschreiben (Nr. 36) erlassen über das bei Steigerungsangeboten seitens solcher Personen zu befolgende Verfahren (BGE 88 III 1; BBl 1962, I, 359).

Mit Beschluss vom 29. Oktober 1962 hat das Bundesgericht seine Verordnung (vom 19. Dezember 1910) betreffend die Eintragung der Eigentumsvorbehalte durch Ersetzung des Artikels 3 (Wohnsitzwechsel des Erwerbers) und Ergänzung des Artikels 4 (Anmeldung gestützt auf Abzahlungsvertrag im Sinne der Artikel 226 a bis 226 m OR) revidiert (AS 1962, 1355).

4. *Vernehmlassungen* wurden erstattet:

dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement:

- zum Vorentwurf für die Revision des V. Titels des OG betreffend Verwaltungsrechtspflege durch das Bundesgericht;
- zu einem Bundesgesetz betreffend den Fristenlauf an Samstagen (Botschaft BBl 1962, II, 981);
- zur Petition von Me Agénor Krafft betreffend staatsrechtliche Beschwerde.

5. Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichtes haben die Neueingänge gegenüber dem Vorjahr im ganzen um 61 Fälle zugenommen. Die Zunahme beträgt

bei den Zivilsachen . . . . .	+55	
bei den Strafsachen. . . . .	+22	
bei den Rekursen in Schuldbetreibungs- und Konkursachen	+18	+95
Demgegenüber haben abgenommen		
die verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten um. . . . .	—31	
die Sanierungen um . . . . .	— 3	—34
	Zunahme	<u>61</u>

#### Zahl der Sitzungen im Jahre 1962

Gesamtgericht . . . . .	5
Verwaltungskommission . . . . .	10
I. Zivilabteilung. . . . .	33
II. Zivilabteilung . . . . .	42
Staatsrechtliche Kammer. . . . .	36
Verwaltungsrechtliche Kammer . . . . .	15
Kassationshof. . . . .	27
Anklagekammer. . . . .	1
Bundesstrafgericht . . . . .	—
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer. . . . .	2
	<u>Total 171</u>

Statistik über die Erledigungen von 1958 bis 1962

Natur der Streitsache	1958			1959			1960			1961			1962			Auf 1968 übertragen
	Von 1957 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1958 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1959 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1960 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1961 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	
<b>I. Zivilsachen:</b>																
1. Direkte Prozesse . . . . .	19	8	8	14	13	10	17	6	12	11	8	9	10	8	7	11
2. Berufungen gegen Urteile kantonalen Gerichte . . . . .	132	404	421	115	391	390	116	371	386	101	293	330	64	342	299	107
3. Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	5	3	7	1	7	8	—	10	10	—	—	6	5	1	6	2
4. Andere Zivilsachen (Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren) . . . . .	2	9	6	5	15	15	5	15	12	8	13	14	7	18	23	2
<b>II. Strafsachen . . . . .</b>	62	469	489	42	514	491	65	551	565	51	468	448	71	490	488	73
<b>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten u. Enteignungen . . . . .</b>	204	641	687	158	620	623	155	607	595	167	668	628	207	668	661	214
<b>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten . . . . .</b>	67	145	149	68	136	139	60	130	134	56	152	148	60	121	112	69
<b>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen . . . . .</b>	5	155	155	5	149	144	10	123	130	3	101	101	3	119	118	4
<b>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Banken-Samierungen . . . . .</b>	1	1	1	1	1	1	1	4	1	4	3	6	1	—	1	—
<b>VI. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .</b>	2	3	4	1	3	3	1	1	1	1	1	2	—	1	1	—
<b>Total</b>	499	1833	1927	405	1849	1824	430	1818	1846	402	1713	1691	424	1774	1716	482



**Spezieller Teil****I. Zivilrechtspflege**

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1962 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1961 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erliegt	Auf 1963 übertragen
1. Direkte Prozesse . . . . .	10	8	18	7	11
2. Berufungen . . . . .	64	342	406	299	107
3. Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	1	7	8	6	2
4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren . . . . .	7	18	25	23	2
Total	82	375	457	335	122

Von den Berufungen wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	36
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	31
Gutheissung . . . . .	47
Abweisung . . . . .	169
Rückweisung an die Vorinstanz . . . . .	16
	299

Von den 107 auf 1963 übertragenen Berufungen stammen je eine aus den Jahren 1956, 1959 und 1961; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 51 in den Monaten November und Dezember). 11 Berufungen konnten wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht erledigt werden.

## II. Strafrechtspflege

1. Die Anklagekammer hatte sich mit 15 Fällen (Vorjahr 26) zu befassen, und zwar:

- a. mit der Aufsicht über eine Voruntersuchung wegen verbotenen Nachrichtendienstes usw. Der Fall ist den Strafbehörden des Kantons Basel-Stadt zur Verfolgung übertragen worden;
- b. mit 14 Gerichtsstandsstreitigkeiten, davon 6 unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 8 Fällen wurde der Gerichtsstand auf Begehren einer Partei bestimmt. Sämtliche Fälle sind im Berichtsjahr erledigt worden.

2. Das Bundesstrafgericht hatte 3 Gesuche um Löschung des Strafregistereintrages zu beurteilen. 2 davon wurden gutgeheissen, während das dritte abgewiesen wurde.

3. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 543 (Vorjahr 492), davon 67 aus dem Vorjahr. Von den 1962 eingegangenen Geschäften waren 114 Strassenverkehrsfälle.

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	164
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	76
Gutheissung . . . . .	48
Abweisung . . . . .	187
	<hr/>
	470

Die 73 auf 1963 übertragenen Beschwerden sind alle im Berichtsjahr eingegangen, davon 37 in den Monaten November und Dezember.

Von den insgesamt 470 erledigten Geschäften wurden 259 gemäss Artikel 275<sup>bis</sup> BStP vom Dreierausschuss des Kassationshofes erledigt.

4. Der ausserordentliche Kassationshof hatte sich mit 2 Gesuchen um Wiederaufnahme zu befassen, die im Berichtsjahr erledigt wurden.

## III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1962 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1961 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1963 übertragen
1. Kompetenzkonflikte zwischen Bundes- und kantonalen Behörden (Art. 83 a OG)	—	1	1	1	—
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG)	3	1	4	—	4
3. Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger (Art. 84 a OG)	166	584	750	602	148
4. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG)	7	4	11	8	3
5. Beschwerden wegen Verletzung bundesrechtlicher Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden (Art. 84 d OG)	—	1	1	1	—
6. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG)	6	13	19	11	8
7. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten	—	5	5	3	2
8. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren (Art. 136 ff. OG)	2	12	14	12	2
9. Rekurse in Enteignungssachen	23	47	70	23	47
Total	207	668	875	661	214

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten	196
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	133
Gutheissung	58
Abweisung	274
	<u>661</u>

267 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 19 Fälle von der I. Zivilabteilung, 15 Fälle von der II. Zivilabteilung, 5 Fälle von der verwaltungsrechtlichen Kammer und 39 Fälle vom Kassationshof.

Von den 214 auf 1963 übertragenen Geschäften stammen je eines aus den Jahren 1934 und 1945, 5 aus dem Jahre 1956, 3 aus dem Jahre 1958, 2 aus dem Jahre 1959, 11 aus dem Jahre 1960 und 28 aus dem Jahre 1961; die übrigen sind im Berichtsjahr eingegangen (85 in den Monaten November und Dezember). 39 Geschäfte konnten wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht behandelt werden.

Es wurden 98 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG erledigt.

10 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs-austausch mit dem Bundesrat oder den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

#### IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1962 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1961 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1963 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben (Art. 97 und 98 OG)</i> . .	19	55	74	48	26
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. Registersachen . . . . .	5	15	20	15	5
2. Privatversicherungen . . . . .	1	1	2	1	1
3. Zollsachen . . . . .	4	9	13	9	4
4. Fabrik- und Gewerbesachen . . . . .	1	1	2	1	1
5. Sozialversicherung . . . . .	2	—	2	—	2
6. Post, Telegraph und Telephon . . . . .	2	—	2	1	1
7. Weitere Fälle (Art. 100 OG) . . . . .	4	22	26	15	11
8. Schutz der Uhrenindustrie . . . . .	4	—	4	3	1
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. des Bundes oder gegen den Bund (Art. 110 OG) . . . . .	7	1	8	2	6
b. aus dem Beamtenverhältnis (Art. 110a OG) . . . . .	6	5	11	7	4
c. weitere Fälle (Art. 111 i OG) . . . . .	3	8	11	6	5
IV. <i>Prorogation (Art. 112 OG)</i> . . . . .	1	—	1	—	1
V. <i>Disziplinarrechtspflege (Art. 117 ff. OG)</i>	1	4	5	4	1
Total	60	121	181	112	69



Von den 181 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten . . . . .	11
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit. . . . .	28
Gutheissung . . . . .	18
Abweisung . . . . .	55
	<u>112</u>

Von den 69 auf 1963 übertragenen Geschäften stammen je eines aus den Jahren 1957 und 1959, 4 aus dem Jahre 1960 und 13 aus dem Jahre 1961; die übrigen sind im Berichtsjahr eingegangen (20 in den Monaten November und Dezember).

### V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 122 (119 neu eingegangen, 18 mehr als im Vorjahr). Erledigt wurden 118, so dass 4 Fälle auf das Jahr 1963 übertragen werden mussten.

Die Erledigung erfolgte durch:

Nichteintreten . . . . .	22
Gutheissung . . . . .	15
Abweisung . . . . .	81
	<u>118</u>

Die Berichterstattung der kantonalen Aufsichtsbehörden gab zu keinen Bemerkungen Anlass.

Die Kammer hat dem Bundesgericht Entwürfe vorgelegt:

- zum Erlass eines Kreisschreibens Nr. 36, wodurch dem Bundesbeschluss vom 23. März 1961 über die Bewilligungspflicht für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland auch im Verfahren der Zwangsversteigerung Nachachtung verschafft werden soll;
- zur Änderung und Ergänzung der Verordnung vom 19. Dezember 1910 betreffend die Eintragung der Eigentumsvorbehalte:
  - a. in bezug auf die Möglichkeit und die Wirkungen einer Eintragung am neuen Wohnorte des Käufers; dadurch wurde Wünschen entsprochen, die bei der parlamentarischen Beratung des Bundesgesetzes über den Abzahlungs- und den Vorauszahlungsvertrag geäußert worden waren;
  - b. in bezug auf die Ausweise, die in Zukunft bei Abzahlungsverträgen für die Eintragung eines Eigentumsvorbehaltes mit Rücksicht auf Artikel 226 a bis 226 c OR erforderlich sind.

Vernehmlassungen der Kammer betrafen insbesondere

- die Ersetzung des von den Konkursämtern zu führenden Bilanzheftes durch gleichwertige Einrichtungen moderner Buchhaltungssysteme;
- den in Artikel 123 der Verordnung über die Zwangsverwertung von Grundstücken vorgeschriebenen Aufruf zur Anmeldung bisher nicht im Grundbuch eingetragener altrechtlicher Dienstbarkeiten im Konkurs des Grundeigentümers, speziell die Notwendigkeit solcher Aufrufe auch nach Bereinigung der Grundbücher.

### Eisenbahnunternehmungen

Das im Vorjahr hängig gewordene Nachlassverfahren einer Eisenbahnunternehmung ist durch Bestätigung des Nachlassvertrages beendet worden.

### VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

Aus den Berichten der Präsidenten für das Geschäftsjahr 1962 ergibt sich folgende Statistik:

#### a. Gesamtzahl der Geschäfte

##### Schätzungskommission Kreis

	I	II	III	IV	V	VI	VII
Von 1961 übertragen . . . . .	14	16	11	12	7	13	19
Neueingänge . . . . .	19	13	8	11	11	8	23
Erledigt . . . . .	5	13	5	3	10	8	16
Auf 1963 übertragen . . . . .	28	16	14	20	8	13	26
Total	33	29	19	23	18	21	42

#### b. Art der Geschäfte

	I	II	III	IV	V	VI	VII
PTT . . . . .	1		1			1	1
Kraftwerke . . . . .		8	3	2	1	1	20
Elektrische Leitungen . . . . .	8	9		3	5	5	12
SBB . . . . .	5	4	6	9	1		3
Privatbahnen . . . . .	1	1	6	3			
Strassen . . . . .	17		4	8	8	8	3
EMD . . . . .		7	2	2	3	5	1
EDI . . . . .	1		1			1	
Flugplätze . . . . .							1
EFZD . . . . .							1
Total	33	29	19	23	18	21	42

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, 27. Februar 1963.

Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichts,

Der Präsident:

**Fässler**

Der Gerichtsschreiber:

**Heiz**

---